



20. Wahlperiode

Fre 04/01

Drucksache 20/9751

HESSISCHER LANDTAG

04/01-30

Kleine Anfrage **Rolf Kahnt (fraktionslos)**

Jahreswechsel 2022/2023 in Hessen

Vorbemerkung:

Zum Jahreswechsel meldeten die Gewerkschaften der Polizei und Landesfeuerwehrverbände bundesweit - mithin auch in Hessen - Angriffe auf Einsatzkräfte. Verantwortlich für die zum Jahreswechsel erhöhten Einsätze von Polizei, Feuerwehren und Rettungsdiensten war die Silvesterböllerei, die zu zahlreichen Bränden und schwerwiegenden körperlichen Verletzungen, sogar mit Todesfolge, führte. Krankenhäuser mussten zusätzlich zur ärztlichen Versorgung ihrer stationären Patientinnen und Patienten viele Personen behandeln, die durch Pyrotechnik teilweise schwere körperliche Verletzungen bis hin zu Amputationen erlitten. In diesem Zusammenhang sprach sich die Gewerkschaft der Polizei für ein generelles Verbot der Silvesterböllerei aus, zumal es zusätzlich tätliche Angriffe mit Reizgas, Pyrotechnik oder anderen Mitteln gegen Rettungskräfte gab (Quelle: F.A.Z. Rhein-Main Zeitung vom 02.01.2023, 03.01.2023, BILD vom 01.01.2023).

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Angriffe auf Einsatzkräfte wurden zum Jahreswechsel 2022/2023 in Hessen gemeldet? Bitte aufschlüsseln nach Polizei, Feuerwehren und Rettungsdienste?
2. Wie viele gemeldete Verletzte durch Pyrotechnik gab es zum Jahreswechsel 2022/2023 in Hessen? Bitte aufschlüsseln nach der Art körperlicher Verletzungen.
3. Wie viele durch Pyrotechnik verletzte Kinder und Jugendliche gab es zum Jahreswechsel 2022/2023 in Hessen? Bitte aufschlüsseln nach der Art körperlicher Verletzungen.
4. Wie viele Brände/Feuerwehreinsätze gab es zum Jahreswechsel 2022/2023 in Hessen aufgrund von Pyrotechnik?
5. Wie viele Überstunden entstanden durch den erhöhten Einsatz von Polizei, Feuerwehren und Rettungsdiensten zum Jahreswechsel 2022/2023 bzw. auf welche Kosten belaufen sich die erhöhten Einsätze?

6. Wie beurteilt die Landesregierung die Zahl von Rettungs-, Feuerwehr- und Polizeieinsätzen zum Jahreswechsel 2022/2023 im Vergleich zu den Jahreswechseln 2020/2021 und 2021/2022?
7. Wie steht die Landesregierung zur Forderung der Gewerkschaft der Polizei nach einem generellen Verbot von privatem Kauf und Nutzung von Pyrotechnik an Silvester?
8. Wie steht die Landesregierung zu möglichen Alternativen zur privaten Silvesterböllerei, wie sie sich etwa mit lediglich kommunal initiierten Silvesterfeuerwerken, insbesondere in den Städten Hessens, anbieten, um gerade zahlreiche und unnötige körperliche Verletzungen zu vermeiden?
9. Welche zusätzlich unterstützenden Maßnahmen hält die Landesregierung vor, so dass bei Einsätzen von Polizei, Feuerwehren und Rettungsdiensten Behinderungen und Angriffe vermieden werden?

Wiesbaden, den 04. Januar 2023



Rolf Kahnt